Basel, den 10. September 1932 XXXII. Jahrgang / No. 37

Schweiz. Konsum-Verein

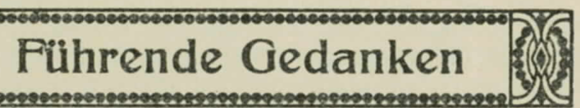
Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark.
Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE.
Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt:

Führende Gedanken

Menschenbehandlung

II.

Individuelle Behandlung. Eine ganze Kette von Misshelligkeiten entsteht, wenn man seine Angestellten mit der gleichen Elle misst, weil die einzelnen doch in Bezug auf Charakter, Neigungen und Fähigkeiten so verschieden sind, dass man sie nicht unter dem Sammelbegriff «Angestellte» unterbringen kann. Gewiss gehören sie alle in die genannte Klasse, aber nur insoweit, als sie als Vergütung für ihre Arbeit ein bestimmtes Gehalt beziehen. Damit hört es aber auf. Ihre Arbeit, ihre Befähigung, ihr Temperament machen schon grosse Unterabteilungen, die wieder in kleinere Gruppen zerfallen, bis schliesslich jeder einzelne eine Gruppe für sich ist. Der Durchschnittsgeschäftsmann glaubt an alle den gleichen Masstab anlegen zu sollen; er lässt sie zur gleichen Stunde kommen und fortgehen, ganz ohne Rücksicht auf die Art ihrer Arbeit, schematisch zeichnet er ihnen den Weg vor. Gewiss, in grossen Häusern ist es manchmal nötig, Verordnungen zu erlassen, die dem mittleren Niveau der Leute angepasst sind, aber diese Verordnungen sollen elastisch genug sein, dass sie Ausnahmen möglich machen. Was für den einen richtig ist, ist es nicht immer für den andern. Individuelle Behandlung ist jedoch noch lange nicht gleichbedeutend mit Parteilichkeit. Die Tatsache, dass eine gewisse Gruppe von Menschen bei einem und demselben Betrieb tätig ist, macht sie noch nicht gleich. Wirkliche Gleichheit ist erst individuelle Behandlung.

Aus Kontor und Leben
J. M. Grabisch.

Britische Reformforderungen.

Von Herman Stolpe, Stockholm.
(Uebersetzt von H. Fr. Müller, Bralitz.)

Das britische Genossenschaftswesen hat eine ausserordentlich starke Stellung im Wirtschaftsleben des Landes, und es hat sogar verstanden, in den letzten Jahren noch weiter an Boden zu gewinnen. Nichtsdestoweniger weist die Bewegung in organisatorischer Hinsicht mehrere Mängel auf, die für jeden Besucher vom Kontinent offen zutage liegen. Zu den charakteristischen britischen Eigenheiten gehört z. B. die stark schwankende, aber im Durchschnitt hohe und teilweise ungeheure Rückvergütung, die die Vereine ihren Mitgliedern gewähren. Es ist oft hervorgehoben worden, dass eine übermässige Rückvergütung nicht Hand in Hand mit einer vernünftigen Regelung des allgemeinen Preisstandes gehen kann, da ja ein hoher Rückzahlungssatz sich nur aus einer überhohen Preisstellung herleiten kann. Das englische System hat deshalb zur Folge gehabt, dass der Privathandel, der keinen Kaufrabatt gibt oder bestenfalls einen unbedeutenden, im Schutze der Konsumvereinspreise hat gedeihen können und es verstanden hat, diejenigen Kunden an sich zu binden, die notgedrungen oder aus sonstigen Beweggründen mehr Wert auf einen im Augenblick niedrigeren Preis legen, als auf einen zukünftigen wirtschaftlichen Vorteil in Form einer hohen Rückvergütung.

Im Genossenschaftswesen auf dem Kontinent hat man im allgemeinen die Gefahren einer solchen Preispolitik eingesehen, und es ist oft genug betont worden, dass der genossenschaftlichen Bewegung die soziale Pflicht auferlegt sei, den allgemeinen Preisstand zu regeln, d. h. zu senken. Vor einiger Zeit legte Sir Arthur Salter ein Programm zur Wirtschaftsbelebung in England vor und richtete darin die Aufmerksamkeit auf die mangelnde Anpassung der Einzelhandelspreise an die fallenden Grosshandelspreise, der er vorübergehend durch Staatsläden abhelfen möchte, welche die hauptsächlichsten Stapelwaren führen und den Preisstand für diese Waren herabdrücken sollten, — also ein System von der in Italien versuchten Art. Allein die Tatsache, dass ein solcher Vorschlag ernstlich

von einer anerkannten Wirtschaftsautorität an die Oeffentlichkeit gelangt, zeigt, dass die mächtige englische Genossenschaftsbewegung nicht in allen Fällen die Rolle des Preisreglers erfüllt, die als eine der wichtigsten Aufgaben der Bewegung angesehen werden muss.

Es fehlt jedoch nicht an Stimmen, die auf eine radikale Umlegung der Preispolitik im britischen Genossenschaftswesen dringen. Als Beispiel wollen wir in diesem Zusammenhang eine kürzlich erschienene Schrift des Sekretärs der Aspatria Industrial Co-operative Society, Alfred P. Potter, anführen, die die Ueberschrift trägt «Standardisation of Prices and Dividends» (Vereinheitlichung der Preise und Rückvergütungssätze).

Mr. Potter geht ohne Umschweife auf den Kern der Sache los: Von dem engen Zusammenhang zwischen Erzeugung und Verbrauch in der Genossenschaftsbewegung ausgehend, die sich auf einem festgefügten Kundenkreis aufbaut, betont er, dass die Genossenschaft durch Erstrebung eines geringen Ueberschusses preissenkend wirken kann; er fügt hinzu: «Es ist die Pflicht und Schuldigkeit unserer Bewegung, die Preise zu diktieren, die für alle Bedarfsartikel des täglichen Lebens innerhalb unseres Tätigkeitsfeldes gelten sollen. Eine solche Preisregelung würde der genossenschaftlichen Bewegung mehr Freunde gewinnen als monatelange Werbetätigkeit.»

Potter hat einen klaren Blick dafür, dass es hauptsächlich die Lebensmittel sind, deren Preise die Genossenschaft auf dem gesamten Markte regeln muss. «Aber man hat zur Zeit kein klares Bild von dieser Aufgabe, und es ist kein das ganze Land umfassendes Programm entworfen worden, nach dem man in Zukunft arbeiten will. Die Vereine können ihre Einkäufe machen, wo es ihnen gefällt, ganz willkürlich die Preise festsetzen und an jeden beliebigen verkaufen, auch an Mitglieder anderer Vereine. Wenn die Vereine hohe Preise halten, um eine hohe Rückzahlung gewähren zu können, so tragen sie ohne Zweifel dazu bei, die Stellung der privaten Konkurrenz zu stärken. Und weiter: Es ist eine wirtschaftliche Tatsache, dass das Kapital diejenigen Unternehmungen aufsucht, die den höchsten Gewinn abwerfen, und man muss sich fragen, ob derartig gewaltige Kapitalmengen in Massenfilialunternehmen angelegt worden wären, wenn die Genossenschaften eine vernünftige Preispolitik mit niedriger Rückzahlung getrieben und diese Preispolitik einheitlich für das ganze Land gestaltet hätten.»

Auf die Frage, wie man den Schaden heilen und welche neuen Wege man einschlagen soll, weist Potter darauf hin, dass der britische Genossenschaftsverband, Co-operative Union, berufen wäre, eine bedeutende Rolle zu spielen. Es ist nämlich ganz offensichtlich, dass man in der Bewegung nur dunkle oder falsche Vorstellungen über die Wirkungen des jetzigen Systems hat. Es ist aus diesem Grunde erforderlich, eine wirksame Aufklärungstätigkeit zu entfalten, und es ist die Aufgabe der Co-operative Union, sich an die Spitze einer solchen Arbeit zu setzen. «Der Verband darf sich nicht damit begnügen, eine Organisation zu sein, die vergleichende und kritische Untersuchungen ausführt, sondern der Verband muss sich zur Aufgabe setzen, geistige Führer der Bewegung heranzuziehen.» Potter schlägt vor, dass Vertreter des Verbandes regelmässige Besuche bei den einzelnen Vereinen abstatten und dabei mit den Vorständen die vorliegenden Fragen besprechen sollen. Auch die Grosshandelsvereinigung C. W. S. muss in engere Verbindung mit den Vereinen treten. «Die Vereine haben das Recht, bei Konferenzen und auf Kongressen die Bilanz der C. W. S. zu kritisieren, aber die Leitung der C. W. S. hat niemals Gelegenheit, den Vereinen Rat und Anweisungen zu geben ausser allenfalls dann, wenn die C. W. S. solchen Vereinen beispringen muss, die nicht mehr weiter können.» Aber weshalb, so fragt Potter, soll denn die C. W. S. nur die Möglichkeit haben, notleidenden Vereinen zu helfen, wenn auch die finanziell gesunden Nutzen aus den fachmännischen Erfahrungen ziehen können, die in der C. W. S. in so grosser Fülle gesammelt sind?

Notwendig ist eine Zusammenkunft zwischen den Leitungen der Zentralorganisationen und den einzelnen Genossenschaften, um einheitliche Richtlinien für Preiskalkulation, Rückzahlungspolitik, Anzeigen, Qualitätsvereinheitlichung u. a. festzulegen. Auch die Unkostenberechnung verdient ein gewisses Interesse; denn es ist ganz offensichtlich, sagt Potter, dass die Vorsteher in Grossbritannien oft in Unkenntnis über die tatsächlichen Unkosten für jede einzelne Warengattung schweben und sich mit ungefähren Durchschnittsberechnungen genügen lassen, wobei dann der Verlust an einer Ware vom Verdienst an einer anderen ausgeglichen werden muss.

Im Jahre 1928 besassen sämtliche Konsumvereine Grossbritaniens 99,327,922 Pfund Sterling Einsatzkapital. Der Umsatz betrug 209,389,555 Pfd. St. und der Reinüberschuss 20,563,792 Pfd. St. Zieht man vom Ueberschuss noch die Kapitalrente ab, so beträgt er immer noch 21% vom Einsatzkapital und 10% vom Umsatz. Wenn man sich nun vor Augen führt, dass die «Verwässerung» des Kapitals in den grossen Massenfilialfirmen zur Folge hat, dass eine 7prozentige Dividende auf das Kapital in seiner Gesamtheit einer 20prozentigen Dividende auf das tatsächlich eingezahlte Kapital entspricht (wie es der Fall ist bei einer von Potter angeführten Firma), so versteht man, dass eine genossenschaftliche Preispolitik, die auf sehr hohe Rückzahlung hinzielt, in hohem Grade geeignet sein muss, eine gute Kapitalverzinsung in den konkurrierenden Massenfilialfirmen zu fördern.

Ueber die Beziehung zwischen Gross- und Kleinhandelspreisen führt Potter ein paar beleuchtende amtliche Ziffern an. Im Jahre 1925 waren die Grosshandelspreise 60% höher als 1913, im Jahre 1926 waren sie bis auf 40% gefallen und im Januar 1930 bis auf 31%. Der Lebenshaltungsindex zeigte jedoch zu dem letztgenannten Zeitpunkt, dass die Lebenshaltungskosten noch 64% höher waren als 1913. In gewissen Wirtschaftszweigen ist die Erweiterung der Spanne zwischen Grosshandels- und Kleinhandelspreisen noch grösser. So ist der Grosshandelsindex für Stoffe auf 149 gefallen, während der Kleinhandelsindex auf 217 steht.

Es steht Potter klar vor Augen, dass es eine Hauptaufgabe der genossenschaftlichen Bewegung sein muss, an die Spitze der Bestrebungen zu gehen, eine geschmeidigere und raschere Anpassung der Kleinhandelspreise an die fallenden Grosshandelspreise herbeizuführen. Wenn er nun auf der anderen Seite sieht, dass die Bewegung diese Aufgabe nicht erfüllt, kann er mit vollem Recht gerade auf die übliche Preis- und Rückzahlungspolitik als eines der wesentlichsten Hindernisse hierbei hinweisen. Das

Heilmittel heisst nach Potter: Einheitliche Preis- und Rückzahlungspolitik. Er hebt hervor, dass der grösste Verein des Landes in den letzten Jahren darauf ausgegangen ist, eine für englische Verhältnisse sehr geringe Rückzahlung zu gewähren, und er erklärt, sicherlich mit Recht, dass der ausserordentlich schnelle Vormarsch dieses Vereins in den letzten Jahren bestimmt in einem engen Zusammenhang gerade mit dieser massvollen Rückzahlungspolitik stehe.

Potter fasst seinen Vorschlag in folgende vier Punkte zusammen:

1. Besondere Bezirksausschüsse müssen gebildet werden mit der Aufgabe, die genossenschaftliche Bewegung nach mehr einheitlichen Linien zu organisieren. Diese Ausschüsse sollen sich mit solchen Fragen, wie: Zusammenlegungen, Preis- und Rückzahlungspolitik, Löhne und Unkosten, vergleichende Statistik, Höhe der Abschreibungen, Anleihen, allgemeinen Organisationsfragen u. a. beschäftigen. Die Ausschüsse sollen nicht nur aus Vertretern der verschiedenen genossenschaftlichen Vereine in dem betreffenden Distrikt bestehen, sondern auch Vertreter der C. W. S. und des Genossenschaftsverbandes aufweisen. Die Ausschüsse brauchen nicht allzu gross zu sein, sollen sich aber aus anerkannten Organisationsfachleuten zusammensetzen.

2. Alle Vereine mit weniger als 4000 Mitgliedern müssen in der nächstliegenden Grossvereinigung aufgehen, wodurch das Kontrollproblem leichter gelöst wird und die festen Kosten gesenkt werden.

3. In gewissen Zeitabschnitten müssen Zusammenkünfte zwischen Vorständen und Sekretären abgehalten werden, bei denen Fragen von der in Punkt 1 erwähnten Art behandelt werden. Ein enges Zusammenarbeiten des Vorstandsverbandes in diesem Punkte ist zu empfehlen.

4. Die Ausbildungstätigkeit muss grösseren Umfang und zielbewusstere Richtung erhalten. Das Hauptgewicht muss auf Kurse für Mitglieder der Leitung und Angestellte gelegt werden, wodurch grösseres Verständnis für eine Aenderung der Preis- und Rückzahlungspolitik der Bewegung herbeigeführt und dadurch die laufende Tätigkeit auf eine rationellere Weise organisiert werden kann.

Abschliessend hebt Potter hervor, dass schon im Worte «Genossenschaft» (co-operation) mit dessen Mahnung zur Zusammenarbeit der Hinweis verborgen liege, nach den skizzierten Richtlinien zu arbeiten. Eine von Ort zu Ort schwankende Preis- und Rückzahlungspolitik setzt nämlich einer vernünftigen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Vereinen Hindernisse in den Weg. Das Ergebnis kann sogar eine beschwerliche Misstimmung sein, wenn die einzelnen Vereine — eine in England ganz gewöhnliche Erscheinung — sich soweit ausdehnen, dass ihre Versorgungsgebiete einander überschneiden. Anwendung des Prinzips der Zusammenarbeit, die zu grösseren Vereinseinheiten führt, ist aus diesem Grunde auch für das britische Genossenschaftswesen eine gebieterische Notwendigkeit. Ueber das Wohlüberlegte einer solchen Politik gibt es auf dem Kontinent gewiss eine viel klarere allgemeine Einsicht, aber das hindert nicht, dass auch die Genossenschaften auf dem Kontinent grossen Gewinn von einer Beschäftigung mit Potters wohlbegründeten Gedankengängen haben können, die nur die Richtigkeit der in der Mehrzahl kontinentaleuropäischer Länder verfolgten Politik bekräften.

Die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften der Schweiz.

Das Statistische Bureau des Kantons Bern hat eine von Dr. Fritz Hegg verfasste Arbeit über die Entstehung und Entwicklung der gewerblichen Bürgschafts-Genossenschaften der Schweiz publiziert. Die Broschüre umfasst drei Kapitel, die eine Uebersicht über die bestehenden Bürgschafts-Genossenschaften geben und die Stellung der Bürgschaftsgenossenschaft als gewerbliche Kreditinstitution und Aufbau und Tätigkeit der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften in der Schweiz behandeln (s. a. Die Bürgschaftsversicherungsgenossenschaften in der Schweiz. «Schweiz. Konsum-Verein» No. 39, Jahrgang 1930).

Der Gedanke der Bürgschaftsgenossenschaft hat in der Schweiz durch die Amtsbürgschaftsgenossenschaften seine erste Realisierung erfahren. Im Jahre 1883 wurde der «Schweizerische Amtsbürgschaftsverein, Genossenschaft eidgenössischer Beamter und Angestellter», gegründet, der die Verbürgung der Amtskautionen seiner Mitglieder zum Zwecke hatte.

Die Gründung von Bürgschaftsgenossenschaften wurde auch recht frühzeitig von Vertretern der Landwirtschaft diskutiert. Bereits im Jahre 1911 legte das schweizerische Bauernsekretariat ein Arbeitsprogramm für eine landwirtschaftliche Bürgschaftsgemeinschaft vor, doch wurde das Projekt erst nach dem Weltkriege verwirklicht.

Im Gewerbe ist die Einführung von Bürgschaftsgenossenschaften erst in der Nachkriegszeit ernsthaft besprochen worden. Den wirksamsten Anstoss dazu gab ein Referat, das der damalige Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes und bernische Regierungsrat Dr. Tschumi an der Delegiertenversammlung dieses Verbandes im Jahre 1919 hielt.

Zum Erfolge kamen diese Anstrengungen zuerst in Fraubrunnen. Es folgten Wasen i. E., Basel («Bürgschaftsgenossenschaft für Handwerker, Gewerbetreibende und Arbeiter»), St. Gallen, Bern.

Diese Bürgschaftsgenossenschaften sind zumeist auf die Initiative von gewerblichen Verbänden hin entstanden oder sind zu einem überwiegenden Teil auf die Förderung des gewerblichen Kredits gerichtet. Es seien hier jedoch auch die Baugarantiegenossenschaften (wie Wattwil und Wallenstadt) und die Kautions-Versicherungsgenossenschaft des Verbandes schweizerischer Viehhändler erwähnt.

Als gewerbliche Bürgschafts-Genossenschaft kann auch diejenige des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins mit Sitz in Zürich gelten. Sie hat den Zweck, durch Übernahme von Bürgschaftsverpflichtungen unverschuldeterweise ganz oder teilweise erwerbslosen oder erwerbslos werdenden ältern Mitgliedern des S. K. V. die Beschaffung der Mittel zu erleichtern, deren sie bedürfen, um eine neue Erwerbsmöglichkeit zu schaffen oder sicherzustellen. Es handelt sich, wie der erste Jahresbericht der Genossenschaft ausführt, hauptsächlich um die Finanzierung von Vertretungen und kleinern Geschäften in Parfümerien, Fetten, Wollwaren, Papierwaren usw.

Eine letzte Bürgschaftsgenossenschaft, die zum Teil als gewerbliche angesprochen werden kann, ist die in Roveredo (Graubünden) auf privater Grundlage gegründete Bürgschafts- und Kreditversicherungsgesellschaft «Providentia».

Es sei nun noch auf eine Anzahl von Bürgschaftsgenossenschaften hingewiesen, die entweder überhaupt nichts oder nur sehr entfernt mit dem gewerblichen Kredit zu tun haben.

Zunächst sind hier die verschiedenen Hypothekarbürgschaftsgenossenschaften gemeint, die den Zweck haben, den Grundkredit zu fördern, insbesondere durch Verbürgung nachgehender Hypotheken. Insgesamt bestehen heute in der Schweiz neun solcher Hypothekarbürgschaftsgenossenschaften.

In der letzten Zeit sind auch Bürgschaftsgenossenschaften religiöser, politischer und ethischer Vereine entstanden, wie die «Bürgschaftsgenossenschaft in der evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Olten» und die «Bürgschaftsgenossenschaft der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn».

In Bern besteht eine Bürgschaftsgenossenschaft « Millsa », die für Beamte und Angestellte Bürgschaften vermitteln will.

Das neueste Projekt auf diesem Gebiete ist die «Bürgschaftsgenossenschaft der Schweizerfrauen». Man will durch sie den aus den Erträgnissen der I. Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit in Bern herrührenden «Saffafonds» nutzbar machen. Die Genossenschaft bezweckt zur Förderung der beruflichen und wirtschaftlichen Stellung der Frauen in der Schweiz in geeigneter Weise Darlehen an Frauen oder Frauenorganisationen zu verbürgen, für berufliche Weiterbildung, für Gründung oder Uebernahme eigener Unternehmungen, für die Erweiterung bestehender Geschäfte, für Baukredite, für die Durchführung besonderer Aktionen und für sonstige, ähnliche Zwecke. Mit ihrem stattlichen unverzinslichen Stammkapital hat diese Genossenschaft alle Aussicht, sich in kurzer Zeit einen weiten Wirkungskreis zu schaffen.

Die bisher genannten Bürgschaftsgenossenschaften haben sämtliche ihren Sitz in der deutschen Schweiz. In der welschen Schweiz haben sich die Bürgschaftsgenossenschaften noch nicht weitgehend entwickelt.

Die Bürgschaftsgenossenschaft hat den Zweck, ihren Genossenschaftern oder auch einem weitern Kreis von Berufs- oder Standesgenossen zu Kredit zu verhelfen, indem sie gegen Entschädigung die Bürgschaft für diesen Kredit übernimmt. Bei der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaft handelt es sich insbesondere um die Uebernahme der Bürgschaft für Betriebskredite, daneben pflegen sich diese Genossenschaften auch für Garantiehaftungen und Kautionen, die beide im gewerblichen Kreditwesen eine ziemlich bedeutungsvolle Rolle spielen, zu verpflichten.

Als wichtigsten Zweck der gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaft erscheint die Uebernahme der Bürgschaft für Betriebskredite. Der Betriebskredit spielt bei gewerblichen Unternehmungen in der Regel die grössere Rolle als der Anlagekredit, und für eine Bürgschaftsgenossenschaft empfiehlt sich die Verlegung des Schwergewichts auf den Betriebskredit auch aus Gründen der Liquidität ihrer Bürgschaftsverpflichtungen.

Erste Voraussetzung für die Gewährung von Bürgschaften ist an den meisten Orten die Mitgliedschaft bei der Genossenschaft. Für neu eintretende Mitglieder gilt im allgemeinen eine Karenzzeit von einem Jahr, d. h. sie können erst nach Verlauf dieser Zeit Gesuche einreichen. Als weitere Voraussetzung für die Bürgschaftsgewährung gilt jeweilen die Ehrenhaftigkeit und berufliche Tüchtigkeit des Gesuchstellers.

Der Verfasser kommt auf Grund seiner bisherigen Untersuchung u. a. zu folgenden Schlussergebnissen:

Schülergenossenschaften.

Von Prof. Dr. V. Totomianz.

III.

Nach den Worten ihrer Lehrerin arbeiten die Schüler mit Interesse in der Genossenschaft. Hier erhalten sie die Vorbereitung für ihre gesellschaftliche Tätigkeit und werden an gesellschaftliche Organisationsarbeit gewöhnt.

Im Unterricht der Schule ersten Grades von Pereswiatowsk, Dmitrower Kreis, Gouvernement Moskau, wurde von den Schülern die Frage nach der Bedeutung der Genossenschaft gestellt. Die Lehrerin machte die Schüler mit den Konsumgenossenschaften und ihrer Organisation bekannt. Man erinnerte daran, dass die am Ort befindliche Landwirtschaftsgesellschaft eine Konsumgenossenschaft eröffnet hatte, und beschloss, sich anzusehen, wie dort gearbeitet würde. Von der ganzen Klasse wurde dann die Frage behandelt, was man dort sehen könne. Folgendes Material wurde vermerkt: ein Raum, in dem der Verkaufsladen untergebracht ist, eine Waage, Waren auf Regalen, eine Pumpe zum Abfüllen von Petroleum, Kisten mit Waren. Nachdem auf solche Weise das Thema herausgearbeitet worden war, machte die Lehrerin den Vorschlag, die notwendigen Berichte niederzuschreiben. Es fand sich hierfür eine Gruppe von Schülern. Sie teilten die Arbeit unter sich; und am folgenden Tage wurde beschlossen, eine Untersuchung über die Genossenschaft anzustellen. Die Kinder besuchten die Genossenschaft zweimal, und zwar ohne Lehrer. Nachdem sie sich alles angesehen hatten, erkundigten sie sich bei dem Verwalter des Ladens nach allem, was sie interessierte. Die empfangenen Eindrücke schrieben sie in Form von kleinen Erzählungen nieder. Die nächste Aufgabe der Schülergruppe bestand darin, dass jeder, der dieser Gruppe angehörte und die Information über die Genossenschaft mitgemacht hatte, auf Grund seiner Notizen vor der ganzen Klasse über alles, was er gesehen hatte, Bericht erstattete.

Die zuhörenden Schüler stellten an die Berichterstatter folgende Fragen: Wer hat im Dorf die Konsumgenossenschaft eingerichtet, wer gehört der Verwaltung an, wer fährt auf den Wareneinkauf, wieviel Geld wird pro Tag in Waren umgesetzt? Darauf las die Lehrerin den Schülern ein Buch über die Genossenschaft in Dänemark vor, in dem die Wiedergeburt dieses Landes durch die Genossenschaft geschildert war. Bei dieser Gelegenheit wurde auch von der Genossenschaft in Russland und von ihrer Bedeutung für die Bauernwirtschaft erzählt. Nach einer solchen vorbereitenden Durcharbeitung der Frage wollten die Kinder unter sich selbst eine solche genossenschaftliche Vereinigung ausprobieren, und drängten darauf, ihre Schülergenossenschaft zu eröffnen. Der Wunsch der Kinder war fest, und sie nahmen die ganze Angelegenheit der Organisation in ihre eigenen Hände. Vor allem anderen beriefen sie eine allgemeine Versammlung der ganzen Schule, auf der die Schüler der fünften Klasse das Ziel der Organisation einer Schülergenossenschaft und deren Bedeutung für die Schule auseinandersetzten. Man setzte ein Eintrittsgeld von 2 Kopeken und einen Mitgliedsbeitrag von 10 Kopeken fest. Gegenwärtig zählt man 19 Mitglieder aus den verschiedenen Klassen der Schule. Derer, die als Mitglieder in die Genossenschaft eintreten möchten, sind viele, aber das Eintrittsgeld und der Anteilsbeitrag sind für sie unerschwinglich. Man beschloss, den Vertrieb von Schulartikeln einzuführen, wie Hefte, Federn, Bleistifte und Aehnliches. Eine Verwaltung, eine Revisionskommission und ein Geschäftsführer wurden gewählt. Auf solche Weise gingen die Kinder mit Ernst und Festigkeit an die Frage der Genossenschaft heran, gewannen Interesse dafür und betätigten

1. Die Bürgschaftsgenossenschaft entspricht einem Bedürfnis.
2. Die finanzielle Grundlage der bestehenden Bürgschaftsgenossenschaften erscheint durchschnittlich zu schmal, um eine grössere Aktion darauf aufbauen zu können.
3. Die Bürgschaftsgenossenschaft wird die notwendige finanzielle Konsolidierung aus sich selbst heraus nicht erreichen können, vielmehr ist sie auf Zuschüsse von dritter Seite angewiesen. Die Unterstützung der Bürgschaftsgenossenschaften aus öffentlichen Mitteln rechtfertigt sich durch die soziale Mission, die sie zu erfüllen berufen ist.
4. In Krisenzeiten tritt das Bedürfnis zur Verbesserung des kleingewerblichen Kredites besonders stark hervor. Die bisherigen Erfahrungen lassen aber erkennen, dass auch bei normalen Verhältnissen die Hilfe der Bürgschaftsgenossenschaft rege nachgesucht und in Anspruch genommen wird. Es ist vorauszusehen, dass sich Bestrebungen zu weiteren Gründungen von Bürgschaftsgenossenschaften zeigen werden.

Genossenschaftliche Propagandamethode.

Konsumgenossenschaften treiben keine Reklame. Denn «Reklame ist — wie es treffend im Wirtschaftsheft 7 der «Frankfurter Zeitung» heisst -- ein Kind privaten Gewinnstrebens». Genossenschaften treiben Propaganda oder werben. Sie treiben dann Propaganda, wenn man in ihnen mehr als nur eine bestimmte Wirtschaftsform sieht, die nur innerhalb der Grenzen ihrer materiellen ökonomischen Befugnisse und Aufgaben zu bleiben hat. In diesem Falle, wenn man die Konsumgenossenschaften jeglicher ideellen Aufgaben im Dienste einer hohen geistigen Sendung enthoben sehen und ihnen nur die Funktion der gerechten Vermittlung der Wirtschaftsgüter geben möchte, bezeichnen wir die publizistische Tätigkeit der Genossenschaften mit Werbung.

Wir fassen jedoch die Aufgaben der Konsumgenossenschaften weiter. Als Bewegung, die die allumfassende Lebensgemeinschaft anstrebt, enthält die Genossenschaft heute Postulate, die über das wirtschaftliche Gebiet hinausgehen und in den Bereich der Weltanschauung eingreifen. Die Genossenschaften kämpfen für die genossenschaftliche Idee, für die höchste Form menschlicher, materieller und geistiger Gemeinschaft. Um diese Idee in das Volk hineinzutragen und einen grösstmöglichen Teil von Menschen zu überzeugen, treiben sie Propaganda*).

Aus diesem Grunde ist die Reklame des Privathandels mit der Propaganda der Konsumgenossenschaften nicht ohne weiteres vergleichbar. Beim ersteren geht es um die Erzielung eines möglichst hohen Gewinnes, und in dessen Dienst wird auch die Reklamemethode gestellt. Die Mittel, die hierbei angewandt werden, sind gerade in der heutigen Zeit oft sehr verwerflich. Wir möchten hier als wohl krassesten Fall die persönliche Verunglimpfung nennen. Was hier besonders in den letzten Jahren schon geleistet worden ist, überschreitet die Gebote des geringsten Anstandes, der auch unter geschäftlichen Konkurrenten herrscht. Anstatt durch qualitativ gute und preiswerte Waren einen ehrlichen und ehrenwerten Konkurrenzkampf aufzunehmen, gefällt man sich in persönlichen Ausfällen. Das ist wohl der tiefste Punkt privater «Reklamekunst».

Es würde zu weit führen, auf alle die anderen Mittel, mit denen dem Konsumenten das Geld aus

*) **Anmerkung:** Wir befinden uns in einem gewissen Gegensatz zu Dr. Erich Bieberitz, der in der «Konsumgenossenschaftlichen Rundschau», No. 29 a. c., kurz zu dieser Frage Stellung nimmt. Er fasst die Aufgabe der Konsumgenossenschaften enger. Nach seiner Ansicht ist «die **Werbe**arbeit der Konsumgenossenschaften nicht auf einen Selbstzweck, sondern **allein** auf die Schaffung der Voraussetzungen für eine **verbesserte Lebenshaltung der Bevölkerung gerichtet».** (Von uns hervorgehoben; die Red.)

---

sich selber darin. Das erste Mal überliess die Moskauer Abteilung für Volksbildung die Waren an die Genossenschaft im Werte von 12 Rubeln auf Kredit. Zwei Monate Arbeit brachten einen Ueberschuss von 3 Rubeln 50 Kopeken. Die Ware wird nun in dem Dmitrower Buchladen gekauft, der einen Nachlass von 10% gewährt. Während des ganzen Geschäftsbetriebes wurden zwei Revisionen abgehalten. Nunmehr ist die Arbeit der Genossenschaft fest geordnet. Die Schüler, die die Schule absolviert haben, nahmen ihre Einlagen nicht zurück, obwohl 10 Kopeken für sie ein grosses Kapital bedeuten. Sie erklärten bei ihrem Austritt aus der Schule, dass sie Mitglieder der Genossenschaft bleiben möchten.

Welchen Nutzen hat den Schülern die Genossenschaft gebracht? Vor allem haben die Kinder gelernt, sehr gut mit den Rechenbrettern zu rechnen. Einer der Schüler hat in der Genossenschaft das Amt des Buchhalters. Die übrigen Kinder halfen bei den allgemeinen Arbeiten. Alle Kinder wurden gut vertraut mit den Grundlagen genossenschaftlicher Arbeit; und in dieser Arbeit fand die Eigentätigkeit der Kinder einen deutlichen Ausdruck.

Zur Gründung der Schülergenossenschaft im Dorfe Schatzkij, Gouvernement Riasan, wurden ausser den Schülern auch deren Eltern herangezogen. Auf einer der Elternversammlungen wurde die Frage wegen Gründung einer Schülergenossenschaft gestellt. Die Eltern stellten sich dem Plan ganz sympathisch gegenüber. Die Mittel zur Gründung beschloss man aus dem Rabatt beim Grosseinkauf von Lehrmitteln zu nehmen. Es wurden Lehrbücher und Schulartikel eingekauft, und der Preisnachlass von 10%, den man beim Einkauf erhielt und der die Summe von 12 Rubeln ausmachte, bildete die Grundlage der Genossenschaft und wurde ihr sogenanntes Reservekapital. Als Mitgliedsbeitrag wurde für jeden Schüler 5 Kopeken, als Summe für einen Anteilschein 10 Kopeken festgesetzt. Von 150 Schülern traten in kurzer Zeit 120 als Mitglieder bei. Ihre Beiträge in Höhe von 18 Rubeln ergaben zusammen mit den 12 Rubeln der Reserve 30 Rubel als Umsatzkapital der Genossenschaft. Es wurde eine Verwaltung von fünf Personen und eine Revisionskommission von drei Personen gewählt, ausserdem ein Verwalter für den Verkaufsladen und sein Gehilfe. Die allgemeine Geschäftsleitung lag in den Händen des Schullehrers. Man führte Geschäftsbücher ein. Für den Verkauf wurde im Gange des Schulgebäudes Raum frei gemacht und hergerichtet. Beim Wareneinkauf lernten die Schüler zum ersten Male ein Rechenbrett und seine Bedeutung kennen. Der Laden füllte sich mit Waren: Bleistiften, Papier, Radiergummi usw. Der Verkauf begann morgens eine halbe Stunde vor dem Unterrichtsbeginn und ferner zwanzig Minuten während der grossen Pause. Die Kinder lebten sich schnell in ihre Genossenschaft ein. Die wertvollste Seite der Genossenschaft war ihre bequeme Benutzung: man konnte alles Notwendige hier in der Schule selber kaufen, und dazu noch auf Kredit. Unter den Schülern gab es jedoch auch solche, die es vermieden, in ihrer Genossenschaft zu kaufen. Diese Kinder handelten unter dem Einfluss ihrer Eltern. Wenn in den Unterrichtsstunden das Gespräch auf die Genossenschaft kam, opponierten diese Kinder, lehnten die bestehende Ordnung offen ab und drückten ihre Unzufriedenheit mit der Genossenschaft aus. Pioniere der Genossenschaft traten zu ihrer Verteidigung auf; dann verstummten die Gegner bald. Die Wände des Verkaufsraumes und der Schule schmückten sich mit Plakaten, die für die Genossenschaft agitierten.

Auf einer der Versammlungen erhob sich die Frage, wie die Genossenschaft heissen solle. Aus der Fülle der Vorschläge wurde der Name «Pionier», der allen gefiel, gewählt. Das Schuljahr schloss für die Genossenschaft mit einer allgemeinen

der Tasche gelockt wird, noch einzugehen. Denken wir nur an das Zugabeunwesen und all die übrigen Lockmittel, die nur Geld kosten und dem Käufer nicht viel nützen.

Die Genossenschaften dürfen stolz sein, dass sie immer darnach gestrebt haben, die Konsumenten richtig aufzuklären, sie rechtzeitig zu warnen und ihnen nur so viel zu versprechen, als sie halten können. Dieses genossenschaftliche Verhalten hat seine Früchte getragen. Die Genossenschaften geniessen das Vertrauen der Konsumenten. Und das ist sehr viel wert. Es wird wohl niemand geben, der sagen kann, er sei im Konsumladen «angeschmiert» worden. Das gibt es bei uns nicht. Die Genossenschaften vermitteln von vorneherein qualitativ gute und preiswerte Waren und preisen sie den Konsumenten so an, dass die Käufer sich auf das Gesagte und Geschriebene verlassen können.

Es ist sehr erfreulich, dass es auch in der Privatwirtschaft solche gibt, die die Bedeutung von Ehrlichkeit und Wahrheit in der Reklame klar sehen. Wir bringen im folgenden einige Ausschnitte aus einem mit «Moral der Werbung und des Verkaufs» betitelten Aufsatz von Friedrich Dessauer im Wirtschaftsheft 7 der «Frankfurter Zeitung»:

«Wahrheit in der Reklame». In den letzten Jahren hat einer der grossen Weltreklamekongresse sich unter dem Motto vereinigt: «Wahrheit in der Reklame». Es ist der Mühe wert, das Glaubensbekenntnis ins Gedächtnis zurückzurufen, welches dieser internationale Reklamekongress von London im Jahre 1924 als Richtlinie für die Mitglieder der «Associated Advertising Clubs of the World» aufstellte:

«Wir wollen die Bestrebungen zur Hebung der Geschäftsmoral und gegenseitigen Beratung und Hilfe unterstützen; nach Wahrheit in der Reklame trachten und ihr nachleben; den Reklametext einfach und ohne Uebertreibung abfassen und auch jede Tendenz zur Irreführung vermeiden; uns jeder unredlichen Kritik über unsere Konkurrenten enthalten; ein besseres Verstehen der Völker untereinander, begründet auf der Erkenntnis unserer gegenseitigen Verpflichtungen und Abhängigkeit, fördern; für uns selbst und unsere Nachkommen ein Ideal des Geschäftsgebarens und einen Standard der Reklamepraxis aufstellen und bewahren, die der Ueberzeugung entsprungen sind, wahrheitsgetreu Reklame zu machen bilde den Charakter und fördere das Geschäft.»

Diese Grundsätze, in etwas angelsächsischer Formulierung, sind das Resultat von Erfahrungen und Beratungen jener Wirtschaftsleute, denen die Reklame anvertraut ist, das heisst die Willensbeeinflussung des Käufers, die Erregung der Kaufgesinnung, der Besitzlust durch Entzündung von Vorstellungen über den Wert des angepriesenen Gutes. Kein Gebiet kann mehr zur Ueberschreitung des uralten Moralsatzes verführen: «Du sollst nicht lügen». Und keine Frage — die Reklame hat manchmal in den vergangenen Jahrzehnten dieses ethische Gebot gewaltig übertreten. Sie soll ja den Verkauf herbeiführen, und sie hat nur Sinn, wenn ihr das gelingt. Die Existenz der damit Beauftragten hängt von ihrem Erfolg ab; vieles drängt darauf hin, dass sie sich nicht als Moralapostel, sondern als Erfolgbringer zu mancherlei Preis, wenn nicht zu jedem Preis, empfinden. Wie kommt es, dass die Erfahrung und Selbstbesinnung die Fachleute der Reklame zu Einsichten über Zusammenhänge gebracht hat, die in den Raum der Wirtschaftswissenschaft aufzunehmen sich damals und manchmal noch heute die Gelehrten weigerten? Es kommt daher, dass die Wirklichkeit Lehrerin ist und nicht die Doktrin Meister und Bestimmer der Prinzipien. Die Ethik braucht nicht von aussen in die Wirtschaft hineingetragen zu werden; sie findet sich bei genauem Zusehen im ureigenen Raum der Wirtschaft und wohnte immer dort. Das muss ja auch so sein. Denn alle Gesellschaftswissenschaften enthalten den Menschen in seiner Totalität, und die schliesst sei-

---

Versammlung ab. Der Jahresumsatz betrug nach dem Verwaltungsbericht 120 Rubel. Es gab einen Nettoüberschuss von 11 Rubel 80 Kopeken. Für das neue Schuljahr stand die Genossenschaft auf sicheren Füssen, da sie eine materielle Grundlage besass und vom Vertrauen ihrer Anteilbesitzer getragen wurde.

Die Organisation der Genossenschaften der Konelower Schule N I und der Starominsker Schule N I ist den vorhergehenden ähnlich. Auch sie wurden in der Absicht gegründet, die Lernenden mit den notwendigen Unterrichtsartikeln zu versehen. Indem die Schulen ihre Genossenschaft gründeten, verbilligten sie die Ware infolge des erhaltenen Preisnachlasses beim Engroseinkauf und garantierten für die Qualität der Ware. Für den Wareneinkauf erhalten die Genossenschaften Anweisungen aus den Mitteln des Komitees der Abteilung für soziale Fürsorge.

An den Schulen organisieren sich häufig Vereinigungen nach genossenschaftlichen Grundsätzen. Für gewöhnlich entwickelt die Vereinigung der Hygieniker ihre Tätigkeit innerhalb der Schule. Die Aelteren belehren die Jüngeren und achten auf Erfüllung der hygienischen Forderungen. Sie sind bei der ärztlichen Untersuchung zugegen und impfen sogar gegen Pocken.

Weder die Vereinigung für Physiokultur noch die für Tischlerei ist imstande, die Nachfrage der Schüler völlig zu befriedigen. In der Tischlervereinigung kommt der konstruktive Schaffenstrieb der Kinder zum Ausdruck. Die Vereinigung dient den Bedürfnissen der Klasse und stellt Sportgeräte her. Was die Vereinigung für Physiokultur anbelangt, so entwickelt sie sich schlecht: es fehlt sowohl an Raum, wie an Führern, wie auch an den notwendigen Geräten. Die Vereinigung entfaltet ihre Tätigkeit für gewöhnlich nur im Sommer, wenn die eigene Initiative der Kinder erwacht.

Die dramatische Vereinigung arbeitet an der Inszenierung ihres eigenen Schaffens. Die Kinder denken sich gemeinsam ein Thema aus; oft nehmen sie es aus ihrer Schularbeit oder aus ihrer Umwelt. So sammeln sie z. B. bei den Arbeitern Nachrichten über ihre Lage in der vorrevolutionären Zeit. Auf Grund des gesammelten Materials organisieren sie dann Schauspiele.

Für gewöhnlich arbeitet die Vereinigung zur Erforschung der Kultur der primitiven Völker nur im Sommer. Die Schüler behängen sich mit Amuletts, bringen den Göttern Opfer dar und bauen Hütten, Erdhöhlen und Baumwohnungen. Dann halten sie später Vorträge über das Thema: «Was wir im Sommer waren».

Die Schüler nehmen die unmittelbare Verbindung mit den Dorfbewohnern auf, indem sie Vereinigungen zur Erforschung des Dorflebens gründen. Sie unterrichten sich durch Umfragen und Ausflüge auf die Dörfer über das Leben der Bauern. Weiter richten die Schüler in den Dörfern Feiertage der Schuljugend ein, zu denen sie die Bauern einladen.

Die Vereinigung der Vogelfreunde wirkt nur im Sommer. Ihr Ziel ist die Erforschung des Lebens der Vogelwelt und der Schutz ihrer Nester gegen Zerstörung. Wer ein Nest gefunden hat, zeigt es dem Lehrer, der für die Sammlung ein Ei aus dem Nest nimmt. Oefters hat man auch die ganzen Vogelnester für die Sammlung genommen. Bisweilen haben die Vogelfreunde sogar die Jungen aus dem Nest genommen. In diesem Falle pflegte und nährte man die kleinen Vögel. Die Mitglieder der Vereinigung beobachteten die Vogelnester und gaben dann Bericht über das Leben der Vögel. In der Schule hat die Vereinigung ein Museum eingerichtet, in dem die Nester und die Eiersammlung untergebracht wurden.

(Fortsetzung folgt.)

nen ethischen Charakter ein. Ihn kann man nicht methodisch herausdestillieren.

Es kommt darauf an, dass Moral und Ethik nicht nur von irgendwelchen dazu Berufenen begründet, gelehrt und demonstriert werden, sondern darauf, dass sie in den täglichen Handlungen des Lebens, in der privaten und öffentlichen Begegnung im Vollzug verwirklicht werden, auch da, wo es den Anschein hat, dass der Vollzug gegen den eigenen Vorteil gerichtet sei. Die Entdeckung gerade der Fachleute des Werbens, dass die Moral in der Reklame und im Verkauf auf die Dauer gesehen vorteilhaft, rentabel, erfolgbringend sei, ist für kleine Geister (die sich allerdings überlegen dünken) überraschend und nur begrenzt glaubwürdig. Aber sie ist richtig, und weil es sich um das Gebiet handelt, in welchem Uebertreibung als dauernde Versuchung naheliegt, kann von da aus wie von keiner anderen Stelle die Hebung der wirtschaftlichen Moral im nationalen wie im internationalen Verkehr besonders gefördert werden. Dazu gehört die Charakterstärke der Werbefachmänner, aber auch die Erziehung des kaufenden Publikums in dem Sinne, dass es Waren, die verlogen, abgeschmackt-übertrieben angepriesen werden, grundsätzlich nicht kauft. Denn wer lügenhafte Angaben zum Verkauf nötig zu haben glaubt, kommt mit Recht in den Verdacht, seiner eigenen Sache nicht sicher zu sein.



Für die genossenschaftliche Bedarfswirtschaft.

In einem in der «Konsumgenossenschaftlichen Rundschau» wiedergegebenen, mit «Genossenschaftswesen und soziale Gemeinschaftsarbeit» betitelten Artikel von Prof. Fred Hall, dem verdienten Leiter und Organisator des britischen genossenschaftlichen Erziehungswesens, nimmt der Verfasser Stellung zum Problem Individualismus und Kooperatismus. Wir geben im folgenden der gegenüber der individualistischen Richtung angeführten Kritik Raum:

Die Kritik am utilitaristischen Individualismus hat u. a. in folgenden Punkten eingesetzt:

1. Seine Idealbildung ist zu schematisch und einseitig. Allzu grosses Gewicht wird auf die Erzeugung materieller Nutzgegenstände gelegt, allzuwenig andererseits auf die menschliche Bedarfsdeckung. Die Nutzgegenstände treten mehr als die Menschen in den Vordergrund des Interesses. Der Egoismus kommt zur Herrschaft auf Kosten des Altruismus, und dieser wird schliesslich oft geradezu als ein Hindernis für die Wohlstandsbildung betrachtet.

2. Das System stellt die Interessen der Menschen in Harnisch gegeneinander, wodurch der Konkurrenzkampf zugespitzt und der einzelne geneigt wird, im Unglück anderer Menschen einen Vorteil für sich selbst zu erblicken.

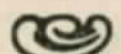
3. Das System führt zur Verschwendung von Produktionsmitteln, da es nicht eine systematische Reglung der Produktion verschiedener Waren zur Deckung eines wirklich vorliegenden Bedarfs zu erreichen sucht. Der produktionsformulierende Faktor bleibt in erster Reihe das Gewinnstreben. Daher gehen der einzelne und die Unternehmer auf die beiderseitigen Tätigkeitsgebiete, was Verschwendung von Produktionskräften bedeuten muss. (Beispiel: Drei oder vier Milchläden in einer Strasse, wo einer den Bedarf gedeckt hätte.) Die Jagd nach Absatz erzwingt einen umfassenden Reklame- und Absatzapparat in Form von Inseraten und Handlungsreisenden, wodurch die Verteilungskosten erhöht werden, ohne dass der Wohlstand in entsprechendem Masse wächst.

4. Das System führt zu einer irrationell organisierten Produktion und zu einer ungleichmässigen Beschäftigung von Arbeitskräften. Irgendwelche systematische Anpassung der Produktion an den vorhandenen Bedarf kommt nicht vor; da das Gewinnstreben der einzige Regulator ist, wird leicht allzu grosse Arbeitskraft auf die Herstellung bestimmter Waren konzentriert. Dadurch wird eine Ueberproduktion dieser Waren erreicht, wodurch die Löhne gedrückt werden und schliesslich Arbeitslosigkeit entsteht. Da es völlig der eigenen Initiative des Arbeiters überlassen wird, berufliche Beschäftigung zu suchen, entsteht ebenso oft Anhäufung von Arbeitskräften an gewissen Plätzen, da man nicht verlangen kann, dass der einzelne das ganze Arbeitsfeld überblicken könne.

5. Das System ist darauf aufgebaut, dass die konkurrierenden Einheiten von ungefähr gleicher Grösse sind, eine Voraussetzung, die nicht stichhaltig ist. Monopole verschiedener Art haben immer grössere Ausbreitung auf verschiedenen Gebieten erfahren und dadurch die freie Konkurrenz ausser Spiel gesetzt.

6. Das System lässt bei weitem nicht immer den «Besten» den Sieg davontragen. Es lässt sich zwar sagen, dass der Lebensfähigste mit heiler Haut aus dem Konkurrenzkampf hervorgehen muss, aber wenn man die Tatsachen betrachtet, wird man bald gewahr, dass der Mangel der Allgemeinheit an Sachkunde bei der freien Konkurrenz oft dazu führt, dass in Wirklichkeit minderwertige, wenngleich preisbillige Qualitäten die konkurrenzkräftigeren sind, ganz wie nach Greshams Gesetz die schlechtere Münze die bessere verdrängt.

7. Die Auffassung, dass das, was sich als zweckmässig für das Individuum erweist, auch zweckmässig für die Gruppe und den Staat sei, ist nicht stichhaltig. Scheinbar verhält es sich so, dass das Streben des Individuums, den grösstmöglichen Wohlstand zu erreichen, mit dem Streben des Volkes nach maximaler Bedarfsdeckung zusammenfällt. Aber wo der einzelne einen Gewinn erzielt, kann doch die Gruppe und der Staat darunter leiden. Der einzelne Unternehmer kann durch rücksichtslose Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte einen Gewinn erzielen. Diese müssen jedoch im Interesse des Staates geschützt werden, da die Jugend die Grundlage bildet, auf der die Zukunft des Staates aufgebaut wird. Will man andere Beispiele wählen, so kann man darauf hinweisen, dass die Organisation des modernen Kreditwesens den einzelnen das Gewinnerzielen durch Spekulation ermöglicht, ohne dass irgendwelcher Wohlstand schaffender Einsatz als Gegenleistung geboten wird.



Wird die Besserung anhalten?

In letzter Zeit hört man nach den langen Jahren der wenig frohe Ausblicke bietenden Wirtschaftskrise endlich wieder ernsthafte optimistische Stimmen. Nicht nur aus Amerika kommen zuversichtlichere Nachrichten, auch in der Schweiz haben wir

gerade kürzlich aus dem Munde eines unserer Bundesväter gehört, dass sich in der so hart betroffenen Uhrenindustrie Zeichen der Besserung zeigen. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Hoffen wir jedoch, dass die Optimisten recht behalten.

Der jüngste Vierteljahrsbericht des Institutes für Konjunkturforschung gibt, wie wir der «Frankfurter Zeitung» entnehmen, eine Analyse der Weltwirtschaftslage. Das Institut betrachtet die Entwicklung an den Kapitalmärkten in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten als die entscheidenden Anzeichen eines Umschwungs und glaubt, dass die Entwicklung an den Rohstoffmärkten nicht nur psychologische, sondern auch reale Unterlagen habe.

«Obgleich Produktion und Beschäftigung noch weiter schrumpfen, treten auf der Geldseite der Wirtschaft erstmalig in breiter Front Ansätze zu einem Tendenzumschwung hervor. Die Welthandelspreise ziehen fast allgemein an. Auch die Grosshandelsindexziffern der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens haben seit Jahresmitte steigende Tendenz. Die Rohstoffvorräte nehmen im ganzen nicht mehr zu. Der Rückgang des Welthandels hat sich verlangsamt; der Mengenumsatz dürfte sogar stabil geblieben sein.

Die Milderung der Vertrauenskrise und der fortschreitende Entschuldungsprozess der Banken hat die Flüssigkeit der Geldmärkte soweit erhöht, dass jetzt Mittel auch auf dem Kapitalmarkt überfliessen. Ausdruck hiefür ist die Hausse an den Renten- und Aktienmärkten. In Grossbritannien hat sich der Zins so weit gesenkt, dass eine Staatsschuldenkonversion grössten Umfangs von 5 auf 3½% durchgeführt werden konnte. Auch in den Vereinigten Staaten beginnt dank energischer Kreditpolitik nunmehr das Zinsniveau abzusinken.

In den beiden angelsächsischen Ländern ist der Entspannungsprozess bereits so weit vorgeschritten, dass gewisse Rückwirkungen auf die bisher noch stark schrumpfende Produktionswirtschaft in absehbarer Zeit wahrscheinlich sind. In einigen überseeischen Rohstoffländern haben infolge gebesserter Absatzbedingungen die Konsolidierungstendenzen angehalten. In den übrigen Ländern, vor allem in den von ständigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Staatsfinanzkrisen niedergehaltenen Schuldnerländern Europas ist die Entlastung noch so gering, dass entscheidende Besserungstendenzen nicht zu erwarten sind. Dennoch dürfte die Weltwirtschaft als Ganzes sich nunmehr anschicken, das Krisentief zu überwinden.»

Von den Einzelausführungen dazu erwähnen wir, dass das Institut den Vorsprung Grossbritanniens, das nach der Umbruchreife der Konjunktur an erster Stelle stehe, im wesentlichen auf drei Momente zurückführt: den Konkurrenzvorsprung durch Preisgabe des Goldstandards, die Verschonung vom Deflationsprozess im letzten Jahr und vor allem von der Bankenkrise, und schliesslich den Uebergang zum Schutzzoll als Anregung für Unternehmerinitiative. In den Vereinigten Staaten, die an zweiter Stelle stehen, habe die Kreditausweitung gewirkt; neuerdings kommen Ankurbelungsversuche von der Produktionsseite her — durch Notstandsarbeit und öffentliche Bauten — hinzu; von der Art ihrer Durchführung werde der Erfolg der Depressionsbekämpfung wesentlich abhängen. Japan weise infolge seiner fortschreitenden Währungsentwertung eine Sonderstellung unter den Industrieländern auf: seit Jahresbeginn steigende Produktion, insbesondere der Baumwollindustrie, steigender Aussenhandel infolge Valutavorsprungs im Export und spekulativer Importe; mit einer Besserung des Yenkurses würde auch die dortige Produktionsbelebung von einem Rückschlag bedroht sein. Die westeuropäischen Industrieländer, die bisher der Deflationsentwicklung konjunkturpolitisch keinen Widerstand entgegengesetzt haben, zeigen trotz der Ueberfülle der Geldmärkte nur verhältnismässig schwache Auflockerung zur Besserung des Kapitalmarktes, wobei in Frankreich vor allem die Beschaffenheit der Staatsfinanzen eine Rolle spiele. In einigen überseeischen Rohstoffländern sei eine Stabilisierung der Einfuhr, teilweise eine mengenmässige Steigerung als Konsolidierungszeichen zu betrachten: in Argentinien, Brasilien, Australien und Britisch-Indien. Der Wertumsatz im Welthandel ging auch diesmal wieder gegenüber dem vorigen Quartal um 7% zurück; der Mengenumsatz dürfte sich jedoch unter Berücksichtigung von Preis- und Saisonentwicklung etwa auf dem tiefen Stand des vorigen Quartals gehalten haben. Die Befestigung der Rohstoffpreise sei nicht nur durch das Abklingen der Vertrauenskrise, sondern auch dadurch bedingt, dass Produktions- und Anbaubeschränkungen das Angebot auf verschiedenen Märkten weit verringerten, so dass die Vorräte nicht mehr zunahmen. Ihre beträchtliche Höhe brauche nicht zu schrecken, da sie nach früheren Krisenerfahrungen erst nach Beginn des Umschwungs bei anziehenden Preisen grundlegend zu schrumpfen pflegt. Am Kapitalmarkt sei die steigende Kursentwicklung der Rentenwerte durch Ueberfülle des Geldmarktes und abklingende Vertrauenskrise fundiert; für die anhaltende Aktienhausse bestehe die Möglichkeit empfindlicher Rückschläge, solange die Produktion noch schrumpfe und die Ertragsaussichten sich nicht bessern.

Grund für einen zuversichtlicheren Ausblick gebe die entscheidende Wandlung in der psychologischen Grundstimmung, die sich in weiten Bezirken der Weltwirtschaft in den letzen Monaten vollzogen habe.

Privatwirtschaftliche Tricks und die genossenschaftliche Konsequenz.

In der Schaffhauser Auflage des «Genossenschaftlichen Volksblattes» bringt Verwalter Schlatter eine ernste Sache in köstlichem Humor gekleidet zur Sprache. Wir können es uns nicht versagen, diese Angelegenheit und ihre Nutzanwendung auch an dieser Stelle zum Abdruck zu bringen.

«Listige Abkürzungen geben in gemütlicher Gesellschaft häufig Stoff für allerhand Kalauer. Ein alter Bekannter ist da der Abschiedsgruss b. x., was so viel heisst wie «blieb gsund», allerdings mit einer Spezialorthographie. Als der Verwalter noch in die Schule ging, hatte man als Zeugnisnoten nicht Ziffern wie heute, sondern auch solche abgekürzten Worte, also sg. = sehr gut, g. = gut usw. Da verzeichnete ein Zeugnis einmal im Betragen den Buchstaben m., welches der so charakterisierte Schüler auf Befragen des gestrengen Vaters schlagfertig und unverfroren als «musterhaft» auslegte. Eine ähnliche unverfrorene Auslegung einer Abkürzung beschäftigte jüngst sogar die schaffhauserische Lebensmittelpolizei. Ein Grossunternehmen der Lebensmittelbranche verzeichnete auf seinem butterhaltigen Kokosfett die

Aufschrift «m. hoh. Buttergehalt». Der Kantonschemiker nahm darauf einmal eine Tafel zur Hand und fand darin den von der Lebensmittelpolizeiverordnung vorgeschriebenen Minimalgehalt von 10%. Er meinte deshalb, die Bezeichnung «mit hohem Buttergehalt» sei irreführend, worauf von der Gesundheitskommission Busse verlangt wurde. Sie wurde aber angefochten mit der Behauptung, der Kantonschemiker habe die Aufschrift unrichtig ausgelegt, denn es heisse keineswegs «mit hohem Buttergehalt», sondern «mässig hoher Buttergehalt». Aber nicht jedermann lässt sich durch verwegene Behauptungen verblüffen, und so blieb es bei der verhängten Busse.

Wir führen bekanntlich nur die Marke «Co-op», die von erstklassigen Fabriken nach den Bestimmungen der Gesetze sauber und sorgfältig hergestellt wird und die wegen des grossen Verbrauches, den wir haben, stets frisch und von reinem Geschmack ist.»

Diese Konsequenz bewahrt Genossenschaft und Konsument vor Schaden und Spott.



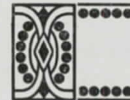
Die Aufgaben der Konsumgenossenschaftsbewegung in der U.d.S.S.R.

(Bericht des Präsidenten des Centrosojus.)

In einer unlängst erschienenen Uebersicht über die gegenwärtigen Aufgaben der Konsumgenossenschaftsbewegung in der U. d. S. S. R. konstatiert Herr I. A. Selenski, der Präsident des Centrosojus, dass die Konsumgenossenschaften den für das erste Vierteljahr des laufenden Jahres geplanten Umsatz nicht nur voll erzielt, sondern sogar um 3,9% erhöht haben. Im Laufe des ersten Vierteljahres wurden in den Städten 2151 neue Verteilungsstellen und 3373 kleinere Abgabestellen und Verkaufsstände eröffnet. Für die Dörfer stellt sich die Zahl der neu eröffneten Verteilungsstellen auf 2802 und die der kleineren Abgabestellen und Verkaufsstände auf 2895. Die wichtigste Bedingung für den Ausbau der Konsumgenossenschaftsbewegung, erklärt Herr Selenski, ist ihre Erweiterung auf dem Gebiete des Kleinverkaufs. Obgleich eine grosse Anzahl neuer Abgabestellen eröffnet wurde an Orten, wo Verteilungsstellen schon längst bestanden haben, wie z. B. in den grösseren Städten, wird die Entwicklung der genossenschaftlichen Warenverteilung in den neuen Industriegebieten und den im Entstehen begriffenen Arbeitersiedelungen nicht genügend gefördert.

Die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung der U. d. S. S. R. durch die Konsumgenossenschaften hängt in hohem Masse noch von der Lieferung von Waren ab, welche gemäss den zentralisierten, von der Regierung kontrollierten Fonds verteilt werden. Aber die zentralisierten Fonds sehen nur eine beschränkte Belieferung der wichtigsten Industrien mit den notwendigsten Lebensbedürfnissen, wie Brot, Fleisch, Kochfetten, Zucker, Baumwolle, Schuhen und Bekleidungsstücken vor. Eine grosse Menge Nahrungsmittel, wie Gemüse und Molkereiprodukte, sowie allgemeine Gebrauchsgegenstände für den Haushalt müssen von der Konsumgenossenschaftsbewegung gekauft und verteilt werden. Trotz der grossen Zahl der Konsumvereine, die in den Städten und den Industriezentren wirken, befindet sich ein grosser Teil des Handels mit solchen Waren in Händen des Privathandels. Ausser der Verbesserung auf dem Gebiete der Verteilung von Waren, welche die Konsumgenossenschaftsbewegung von der Regierung zugeteilt erhält, sollte sie auch die Verbesserung der Warenvermittlung an die Verbraucher anstreben durch die vollständige Ausschaltung des Privathandels. Herr Selenski bemerkt, dass die Konsumgenossenschaften dieses Ziel erreichen können, indem sie ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse von den Kollektiv- und staatlichen Farmen kaufen und ihren Bedarf an Industriewaren und Handwerkserzeugnissen von Unternehmungen der Kleinindustriellen und der Handwerker beziehen, und durch eine rege Beteiligung an der Entwicklung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die Herstellung selbständiger landwirtschaftlicher Bezugsquellen.

Die unzureichende Leistungsfähigkeit der Konsumvereine, meint Herr Selenski, sei auf den schlecht organisierten Verteilungsapparat der Bewegung zurückzuführen. Die unbefriedigende Tätigkeit der handeltreibenden Zweige der Konsumgenossenschaftsbewegung sei wohl bekannt. In letzter Zeit sei zwar eine unbedeutende Verbesserung festzustellen, aber die ärgsten Mängel seien noch nicht beseitigt. Wie zuvor könne von einer persönlichen Verantwortung für den Zustand der Waren keine Frage sein, die Nachfrage sei grösser als das Angebot, die Verteilung ungleichmässig und sporadisch, und der Einkauf von Waren beruhe noch häufig auf erdichteten Angaben. «Die Konsumgenossenschaftsbewegung», schliesst Herr Selenski, «ist eine Organisation von Arbeitern und Bauern, die sich zusammengeschlossen haben zum Zweck der gegenseitigen Warenversorgung, und, um das Wirken Tausender von Genossenschaftern zu heben, müssen die Massen der Arbeiter und Bauern durch ihre vereinigten Bemühungen die Konsumgenossenschaftsbewegung stärken». I. G. B.



Volkswirtschaft



Brechung der Zinsknechtschaft?

Die Volkswirtschaftslehre hätte etwas davon profitieren können, wenn der Herr von Hindenburg den Herrn Hitler zum Diktator in Deutschland gemacht hätte, denn sie hätte dann erfahren können, wie eine Diktatur einen Zinssatz von zehn Prozent auf zwei Prozent hinunter zaubert. Dazu machen sich nämlich die Nationalsozialisten anheischig. Schon seit Jahren ist es ihnen ein Dorn in ihren vaterlandsliebenden Augen, dass die Zinssätze in Deutschland so unverschämt hoch sind, und sie haben natürlich entdeckt, dass daran nur die gerissenen Nachkommen Abrahams schuld sind, die das deutsche Volk ausbeuten wollen und aus diesem Grunde kurzerhand beschlossen haben, den vor dem Kriege üblichen Zinssatz von vier Prozent in Deutschland auf 9 bis 10 Prozent hinauf zu setzen. Natürlich wird Hitler ihnen einen Strich durch die Rechnung machen und der Zinsknechtschaft des deutschen Volkes ein Ende machen.

Die Sache ist so einfach wie das Ei des Kolumbus. Deutschland wird in einen grossen Kasernenhof verwandelt, und, wie auf dem Kasernenhof geschieht, was der Unteroffizier kommandiert, so ge-

schieht künftig in ganz Deutschland, was Herr Adolf Hitler kommandiert, und wenn er befiehlt, dass der Zinssatz nur noch zwei Prozent betragen soll, dann ist das Gehorchen so selbstverständlich, dass sich jedes weitere Nachdenken erübrigt. Dann wird die Zinsknechtschaft des deutschen Volkes gebrochen.

Wenn man etwas zerbricht, pflegt es freilich zu krachen, und es ist wahrscheinlich, dass auf diese simple Brechung der Zinsknechtschaft ein grosser Krach folgen würde und dass die deutsche Volkswirtschaft die Fortschritte der Volkswirtschaftslehre mit einem unheimlich leeren Portemonnaie würde büssen müssen. Doch wozu hat man die Zeitungen, als um den Völkern zu erzählen, dass die politischen Gegner innerhalb und ausserhalb der Grenzpfähle an allem Unglück schuld sind. Dass andere Leute an ihrem Unglück schuld sind, geht den Massen immer ein wie Honigseim und dieses Kunststück, die Massen dies glauben zu machen, würde auch Herr Hitler noch fertig bringen, zumal er in dieser Kunst schon eine grosse Uebung hat. Nun werden wir dank dem Eigensinn des alten Hindenburg auf diese Erlösung des deutschen Volkes aus der Zinsknechtschaft noch etwas warten müssen.

Inzwischen bemühen sich in Deutschland noch manche andere Köche um den Brei der Zinsherabsetzung. Am gescheitesten fängt es Herr Edmund Stinnes an, der die deutsche Währung vom Golde abhängen und an das englische Pfund anhängen möchte, unter der Bedingung freilich, dass England das Pfund nicht wieder aufwertet. Dann sind alle Schuldner in Deutschland mit einem Schlag um dreissig Prozent erleichtert und ihre Gläubiger auch, und alles wird wieder gut gehen, wenigstens bis zur nächsten Zinsherabsetzung.

Andere potente Leute in der deutschen Industrie verlangen eine Abwertung der Auslandschulden, sei es, dass man die Zinsen auf zwei Prozent herabsetzt, sei es, dass man die geschuldete Kapitalsumme halbiert. Da die Schweizerbanken noch 850 Millionen Franken solcher Stillhaltekredite in Deutschland zu gut haben, würden sie bei diesen Projekten gründlich zur Ader gelassen. Der rosenrote Optimismus der schweizerischen Banken, die vor einigen Jahren vermeinten, die Rechtssicherheit sei in Deutschland wieder hergestellt, würde damit freilich in Heulen und Zähneklappern verwandelt.

Die deutschen Abwertungspläne finden natürlich Widerspruch im Ausland, das Deutschland sein Geld geliehen hat. Aber in Deutschland hat sich der Inflationsgeist eingenistet, der auf Kosten der Gläubiger die Schuldner entschulden will. Und diese Schuldner sind nicht arme Schlucker, sondern sind in ihrer grossen Mehrheit die mächtigsten Leute des Landes, nämlich die Grossindustriellen und die Grossgrundbesitzer, von den Finanzministern und Oberbürgermeistern ganz zu schweigen.

Darum ist es fraglich, ob den ausländischen Banken ihr Widerstand viel helfen wird. Sie haben seinerzeit zur Abwertung der deutschen Kriegs- und Vorkriegsschulden Ja gesagt, und sie werden auch diesmal schliesslich in den sauren Apfel beissen müssen. Kommen die Nationalsozialisten ans Regiment, dann werden sie sicherlich nicht zugeben, dass man den deutschen Auslandgläubigern sieben und acht Prozent Zinsen zahlt, während die Inlandgläubiger sich mit zwei und drei Prozent begnügen sollen.

Wenn Deutschland seine Auslandschulden auf etwa 50 Prozent abwertet, dann werden Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslavien und ähnliche Länder die schweizerische Vertrauensseligkeit wahrscheinlich noch mehr enttäuschen und uns durch eine noch gründlichere Pleite belehren, dass wir heute in eine neue Zeit eingetreten sind, in welcher der Gläubiger seine Forderungen noch leichter wie früher in den Schornstein schreiben kann.

Die Rechnung unserer Banken, die nördlichen und östlichen Nachbarn der Schweiz seien durch die Inflation so schön entschuldet, dass man ihnen unbedenklich borgen und zugleich hohe Zinsen einkassieren könne, erweist sich heute als bedenklich löcherig. Wahrscheinlich wird die Brechung der Zinsknechtschaft noch damit enden, dass manche Bank den Hals bricht.

Aus der Praxis

Förderung des Absatzes von Landesprodukten.

Einer längeren Abhandlung über die Förderung des Absatzes von Landesprodukten in den Konsumvereinen entnehmen wir die nachfolgenden Schlussfolgerungen, die für die Praxis Beachtung finden könnten:

Für den Ausbau einer Landesprodukte-Abteilung muss man sich auf den Standpunkt stellen, dass ein Dauererfolg nur möglich ist, wenn der ganze Betrieb auf kaufmännisch solider Grundlage aufgebaut ist. Diese Voraussetzung führte in einem unserer Vereine dazu, eine ständige kurzfristige Erfolgskontrolle durchzuführen, um jederzeit den Ertrag kontrollieren zu können. Man ging sogar so weit, über einzelne Partien (Aprikosentag, Blumenkohltag) besondere Erfolgsrechnungen aufzustellen. Die Durchführung der Kontrolle ist einfach; denn das Warenlager ist gewöhnlich so klein, dass eine Inventur keine Schwierigkeiten bereitet, ja man kann diese ganz weglassen, ohne das Ergebnis stark ungünstig zu beeinflussen.

Es stellte sich rasch heraus, dass das Verhältnis der Retourwaren (Abgang) zum Umsatz eine eminente Rolle spielt. Die Kalkulation wurde durch die Konkurrenz mehr oder weniger diktiert, denn der Konsumverein will mindestens gleichpreisig, wenn nicht noch billiger als die Konkurrenz sein. Die Hauptverdienstmöglichkeit liegt also fast ausschliesslich in der möglichst vollständigen Ausschliessung sämtlicher Verlustquellen (Abgang minderwertiger Ware, die billiger abgegeben werden muss).

In den Verkaufslokalen wurde eine strikte Kontrolle über die Ausstellung und Aufbewahrung der Artikel durchgeführt. Vom Verkaufspersonal wird in dieser Beziehung oft schwer gesündigt; denn die Arbeit des Säuberns und Zurückstellens in den Keller während der Nacht steht wohl im Ladenreglement, wird aber praktisch selten genau durchgeführt. Das ist eine Unterlassungssünde, die für den Erfolg resp. Misserfolg des Unternehmens entscheidend werden kann.

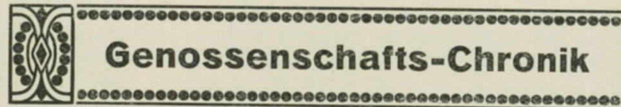
Dank dem vorsichtigen Einkauf und der genauen Kontrolle war es verhältnismässig rasch möglich, bei unseren Konsumenten Vertrauen zu erwecken.

Der gute Erfolg unserer Genossenschaft ist jedenfalls auf folgende 3 Punkte zurückzuführen:

1. Vorsichtiger Einkauf.
2. Ständige Kontrolle der Verkaufslokale und Austausch der Waren unter den einzelnen Lokalen.

3. Kurzfristige Erfolgskontrolle unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Abgang und Umsatz.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass man das Verkaufspersonal über diese Untersuchungen auf dem laufenden hielt und so ihre Schaffensfreude anspornte. A. B. Th.




Genossenschafts-Chronik

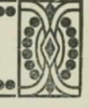
Belgien. Der Kongress des belgischen Genossenschaftsverbandes (Office Coopératif Belge), welcher zu Seraing stattfand, behandelte zwei Berichte über das Genossenschaftswesen und die Krise, welche von Herrn Victor Serwy unterbreitet worden waren. Der erste Bericht gab einen Ueberblick über die Auswirkungen der Krise auf die Genossenschaftsbewegung, und der zweite legte dar, dass das Genossenschaftswesen bestimmt sei, in der Wirtschaftsentwicklung der Welt eine führende Rolle zu spielen. Der Kongress fasste folgende Resolutionen: 1. Die Arbeiter werden ersucht, sich der Konsumgenossenschaftsbewegung anzuschliessen, da diese das beste Mittel darstellt, die Krise zu bekämpfen; auch wird die Erweiterung der Produktiv-, Handels und Propagandatätigkeit der Bewegung propagiert; 2. die Bewegung soll durch die Fusion regionaler und lokaler Genossenschaften weiter konzentriert werden; 3. es wird Protest erhoben gegen die Behauptung der antigenossenschaftlichen Strömungen im Lande, dass nämlich die dem Zugabesystem zufolge verausgabten Zugaben mit der genossenschaftlichen Rückvergütung gleichzustellen wären, welche «in Wirklichkeit nur eine Rückzahlung des erzielten Ueberschusses bedeutet unter freiwilliger Zustimmung der Mitglieder»; 4. gegen die Zollpolitik der belgischen Regierung wird Protest erhoben; 5. eine sofortige Abrüstung wird verlangt, da dies ein Mittel zur Beendigung der Wirtschaftskrise bedeute.

Finnland. Kongress des «K. K.» Der sechzehnte ordentliche Kongress des Zentralverbandes für Konsumgenossenschaften «K. K.» hat in Helsingfors stattgefunden und wurde von 110 stimmberechtigten und 300 anderen Delegierten besucht. In seiner Eröffnungsrede erklärte der Präsident des Zentralverbands, Herr Väinö Tanner, dass die Weiterentwicklung der Bewegung im Laufe des Jahres durch die wirtschaftliche Depression aufgehalten worden sei. Die Konsumgenossenschaften haben aber alle ihre finanziellen Obliegenheiten voll erfüllt, während rund 1000 Privatfirmen im Laufe des Jahres sich bankerott erklärt haben. Dieser Umstand allein sei genügend Beweis, dass die Geschäftsprinzipien der Genossenschaftsbewegung gesünder seien als die des Privathandels.

Der Kongress nahm zwei Resolutionen an: die eine zum Problem der Arbeitslosigkeit; die andere betr. genossenschaftliche Propaganda. Erstere, von Herrn Onni Toivonen, dem Sekretär des Zentralverbandes, eingebracht, drückte die Meinung aus, dass die Arbeitslosigkeit nicht abgeschafft werden könne, so lange die Industrie planlos und mit dem einzigen Zweck der Gewinnerzielung betrieben werde. Die Konsumgenossenschaftsbewegung befürwortet deshalb, dass die Erzeugung den Genossenschaftsprinzipien gemäss organisiert werde. Was die Unterstützung der Arbeitslosen betreffe, so heisst es weiter, sei es die Aufgabe der Genossenschaftsbewegung, die Verbraucher zu den billigsten Preisen mit den Bedürfnissen des Lebens zu versehen, und die Konsumgenossenschaften sollten infolgedessen nur Arbeitslosenunterstützung gewähren, wenn die Preise dadurch nicht in die Höhe getrieben und ihre Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigt werde. Wird Unterstützung gewährt, so solle sie in der Form von Waren erfolgen.

Die Resolution über genossenschaftliche Propaganda, die von Herrn Yrjö Kallinen, Direktor der Propagandaabteilung des «K. K.» eingebracht wurde, stellt die Methoden fest, welche den Erfolg der genossenschaftlichen Propaganda am weitgehendsten sicherstellen, u. a. die Veranstaltung einer jährlichen Genossenschaftsfeier, einer genossenschaftlichen Propagandawoche, einer grossen Zahl besonderer Kinder- und Frauenpropagandaversammlungen und die Herausgabe und Verteilung von Propagandaliteratur, Broschüren, Aufsätzen, Plakaten usw. Zum Schlusse fordert die Resolution den «K. K.» auf, über die Propagandatätigkeit im allgemeinen zu wachen und ihr einen nationalen Charakter zu verleihen.

U. S. A. Ein genossenschaftlicher Kreditpool für die Oststaaten. Der Anfang einer genossenschaftlichen Bankinstitution für die Konsumgenossenschaften der Vereinigten Staaten ist in einem Plan zu einem «Kreditpool» enthalten, der durch eine Konvention der Genossenschaftsliga der Oststaaten angenommen wurde. Diesem Plan zufolge werden die der Liga angegliederten Genossenschaften aufgefordert werden, einen Durchschnittssatz von 500 Dollar je Genossenschaft und 5 Dollar je Mitglied zu zahlen; die sich hieraus ergebende Summe wird an einen zentralen Kreditfonds entrichtet; auf die Dauer sollen insgesamt 100,000 Dollar erhoben werden, um eine Genossenschaftsbank zu etablieren. Der Fonds wird von einem Treuhändervorstand verwaltet werden, der aus den Direktoren der Liga zusammengesetzt wird. Die erhobene Summe wird zu einem normalen Zinssatz bei einer Bank deponiert, und die Treuhänder werden die Bank hinsichtlich der Ausgabe von Darlehen instruieren; die Darlehen sollen durch einen gleich grossen Betrag des Kreditfonds sichergestellt sein. Rückzüge der Deponenten werden nur gestattet, wenn das erforderliche Geld durch Rückzahlungen von früheren Borgern verfüglich ist und darf wahrscheinlich nur in festgelegten Zwischenräumen ausgegeben werden. Eine Publizitätskampagne zur Unterstützung des Fonds soll von der Liga durchgeführt werden, und die Vertreter der Liga werden persönlich die verschiedenen Genossenschaften hierüber informieren. Die Liga der Oststaaten hat nunmehr 40 angeschlossene Genossenschaften mit einer Gesamtmitgliedschaft von 16,743. Der obige Plan wurde einstimmig von den Anteilbesitzern der Consumer's Co-operative Services (Dienst-Konsumgenossenschaft) auf ihrer Jahresversammlung in New York am 15. Juni angenommen. I. G. B.

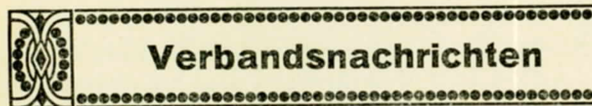
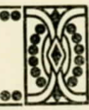
Aus unserer Bewegung

Schwanden (Glarus). Der Samstag, den 27. August, im «Linthof»-Saal, von der hiesigen Konsumkommission veranstaltete Frauenabend hat einen recht befriedigenden Verlauf genommen. Herr Dr. Pritzker, der am Freitag abend in Flums vor ca. 350 Personen ein Referat gehalten hatte, hat auch hier

durch seinen leicht verständlichen, lehrreichen, mit Erlebnissen und interessanten, mit Basler Humor gewürzten Vortrag ca. 250 Frauen und Töchter erfreut und ohne Zweifel für unsere Genossenschaft eine schätzbare Agitation entfaltet.

Wir glauben, annehmen zu dürfen, dass seine gediegenen «Winke über rationellen Wareneinkauf im Haushalt» von der Mehrzahl der Zuhörer beherzigt und die vielen Beispiele und Vorführungen dazu beitragen werden, dass schwindelhafte Anpreisungen auswärtiger Händler immer mehr verpönt und dafür die «Co-op»-Artikel mehr Abnehmer und überhaupt die genossenschaftlichen Bestrebungen neue Belebung und Stärkung erfahren werden.

Obwohl der Versammlungsleiter Herr Lehrer J. Zimmermann von Sool und Herr Rudolf Störi von Hätzingen, der uns als Kreispräsident und als Aufsichtsrat mit seinem Besuch beehrte, dem verehrlichen Referenten den uns gebotenen Genuss verdankten und auch Frau Büsser in gewandter Form ihrer Freude über die Veranstaltung Ausdruck gab, geziemt es sich doch, dass die wertvolle Propagandatätigkeit von Herrn Dr. Pritzker und der löblichen Verbandsleitung auch an dieser Stelle noch gebührend gewürdigt werden. Tee und Gebäck aus unserer neuen Bäckerei, die von unseren wackern Verkäuferinnen serviert wurden, sowie die «lupfigen» Tänze der Kapelle Luchsinger haben dann noch eine recht gemütliche Stimmung aufkommen und den Wunsch gedeihen lassen, dass noch weitere Mitglieder und Verbandsvereine einen solchen das Zusammengehörigkeitsgefühl fördernden, in bescheidenem Rahmen gehaltenen Anlass erleben möchten. M. F.

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 6. September 1932.

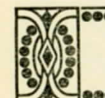
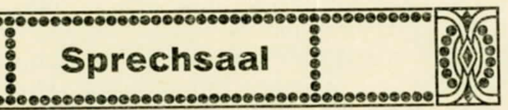
1. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind vom Konsumverein Wetzikon Fr. 100.— überwiesen worden, die anmit bestens verdankt werden.

2. Auf Samstag, den 24. September 1932, wird nachmittags 5 Uhr eine Sitzung des Ausschusses des Aufsichtsrates des V. S. K. und nachmittags 6 Uhr eine Sitzung des Aufsichtsrates des V. S. K. ins Genossenschaftshaus im Freidorf einberufen.

3. Auf Sonntag, den 30. Oktober 1932, wird die Kreiskonferenz des Kreisverbandes IV in Solothurn angesetzt.

Die diesjährigen Herbstkreiskonferenzen wurden auf die Sonntage vom 16., 23. und 30. Oktober in Aussicht genommen. Die Kreisvorstände werden anmit höfl. ersucht, den Zeitpunkt der Konferenzen möglichst bald festzusetzen und der Verwaltungskommission zu berichten.

4. Der Konsumgenossenschaft Steg wird zu ihrem Jubiläum des 25jährigen Bestehens ein Glückwunschschreiben zugesandt.

Sprechsaal

Handwerk und Konsumverein.

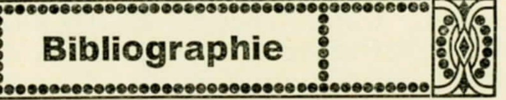
In einem Artikel der «Schweiz. Spezereihändlerzeitung» mit der Ueberschrift «Warum der Spezereihändler in den Gewerbeverein gehört», schreibt ein Einsender unter anderem wie folgt: «Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass es immer noch Handwerker gibt, die sich wenig darum kümmern, wo die Frau die Einkäufe besorgt; ja es gibt immer noch viele, die sogar der Konsumgenossenschaft als Mitglied angehören.»

Bekanntlich gilt der Ausdruck «Krämergeist» für engherzige Leute, die nichts übrig haben für ihre Mitmenschen und auf nichts bedacht sind als auf ihren Profit und ihr eigenes Wohlergehen. Das war die Einstellung der Krämergilde vergangener Zeiten, und man sollte glauben, dass der heutige Krämerstand aus dem Wandel der Zeiten etwas gelernt hätte und bestrebt wäre, dieses nicht gerade schmeichelhafte Odium abzuschütteln. Wir wollen doch zur Ehre dieses Standes hoffen, dass diese Einstellung nicht Gemeingut aller Spezereihändler sei.

Ist es nicht ein Stück persönlicher Freiheit, das da angetastet wird, wenn man einen Handwerker moralisch zwingen will, nur beim Privathändler zu kaufen und die Genossenschaft als Feind seiner Interessen zu betrachten? Die Genossenschaft, die auch ihm Arbeit und Verdienst mannigfacher Art bietet, dazu die unbedingte Sicherheit gerechter und prompter Bezahlung. In unserer Genossenschaft halten wir darauf, Arbeiten und Liefeungen den ortsansässigen Handwerkern zu übertragen, soweit dies nur möglich ist. Es wäre doch grotesk, wenn diese Handwerker zum Danke dafür, nicht wenigstens zum Teil ihren Bedarf bei der Genossenschaft decken würden. Bei solchen, die dies nicht selbstverständlich finden, erlauben wir uns, höflich aber bestimmt darauf aufmerksam zu machen. Zu ihrer Ehre sei es gesagt, dass es nur in seltenen Fällen nötig ist.

Wenn es weiter heisst: «Wir müssen die Handwerkerschaft darüber aufklären, dass sie nicht beim Hausierer und Wanderhändler kaufen soll, nicht in den Warenhäusern, nicht in den grosskapitalistischen Filialen und nicht in den Konsumläden», so ist oben bereits das gesagt, was auf die Konsumvereine Bezug hat. Wenn die Konsumvereine weder an den Wanderhändlern und Warenhäusern, noch am Hausierhandel Freude haben, so nehmen sie doch gegenüber letztern eine etwas tolerantere Stellung ein, aus Gründen menschlichen Mitfühlens mit einem grossen Teil derer, die bitterste Not und Arbeitslosigkeit zu diesem Gewerbe greifen liess. Darin unterscheiden wir Genossenschafter uns eben von euch, die ihr nur auf ungeschmälerte Erhaltung eures Profits bedacht seid.

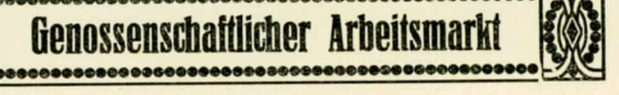
H. V.

Bibliographie

«Pro Juventute». Die schweizerischen Jugendherbergen, ihr Sinn, ihr Werden, ihre Zukunft — kommen in einem stark illustrierten, 90-seitigen Sonderheft der Zeitschrift «Pro Juventute» zur Darstellung. Wer nicht selber in der Jugendpflege mitarbeitet, ist überrascht von der quantitativen und qualitativen Leistung der schweizerischen Jugendherbergebewegung. In 8 Jahren haben die schweizerischen Jugendverbände aller Richtungen in einer unerhörten Kraftanstrengung und mit einer Zähigkeit, welche das immer wieder gehörte Schlagwort von der Zerfahrenheit der modernen Jugend glänzend widerlegt, ein Netz von über 180 Raststätten für das Jugendwandern in der Schweiz geschaffen. Die Zahl der Besucher ist von 2200 im Jahre 1925 auf 41,400 im Jahre 1932, die Zahl der Uebernachtungen von 3800 auf 72,000 gestiegen. Der Schweizerische Bund für Jugendherbergen, dessen Geschäftsstelle vom Zentralsekretariat «Pro Juventute» (Zürich, Seilergraben 1) besorgt wird, hat durch seine zielbewusste und planvolle Arbeit die mächtig aufstrebende Bewegung des Jugendwanderns in erzieherisch gesicherte Bahnen gelenkt, ohne ihr die Stosskraft und den Reiz der Unmittelbarkeit zu nehmen. Seine Bestrebungen, die Jugend aller Volkskreise durch alkohol- und nikotinfrei durchgeführte Wanderungen bei einfachster Verpflegung und in hygienisch einwandfreien, aber spartanisch einfachen Raststätten in engen Kontakt mit Natur und Volk unseres Landes zu bringen, verdienen die nachhaltigste Unterstützung aller Jugendfreunde.

Das Heft (Fr. 1.50, Verlag «Pro Juventute», Seilergraben 1, Zürich) sei allen zur Anschaffung empfohlen, welche sich für Volksgesundheit und Jugendwohlfahrt interessieren.

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Angebot.

16jähriges, ehrliches Mädchen, mit dreijähriger Sekundarschulbildung, sucht Stelle als **Lehrtochter** in Konsumverein. Offerten erbeten unter Chiffre F. B. 129 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Solider, kräftiger Jüngling, zurzeit in Saisonstellung als Portier, absolut zuverlässig, militärfrei, mit prima Zeugnissen, wünscht Stelle als **Magaziner** oder in **Konsummolkerei.** Eintritt nach Uebereinkunft. Offerten erbeten unter Chiffre E. S. 130 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Redaktionsschluss: 8. September 1932.

Buchdruckerei des Verband. schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel